



Absender*in

Name: _____

Fachbereich / Institut: _____

Institution: Freie Universität Berlin

Dienstliche Adresse: _____

E-Mail: _____

Berlin, den _____

An die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Berlin

Betreff: Gesetzentwurf zur Hochschulbaugesellschaft Berlin – dringender Handlungsbedarf

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich wende mich als Mitarbeitende*r der Freien Universität Berlin in einer dringenden Angelegenheit an Sie. Der vorliegende Gesetzentwurf zur Errichtung einer Hochschulbaugesellschaft des Landes Berlin enthält strukturelle und finanzielle Schwachstellen, die schwerwiegende Folgen für den Forschungs- und Lehrstandort und das Land Berlin haben werden.

Die Gründung einer Hochschulbaugesellschaft scheint unausweichlich vor dem Hintergrund der finanziellen Lage Berlins. Der jahrelange Sanierungs- und Investitionsstau an Berlins Hochschulen ist real und Investitionen in Gebäude, Labore und Infrastruktur sind überfällig. Doch eine gut gemeinte Idee kann durch fehlerhafte Ausgestaltung zum umfassenden Hindernis werden. Genau dieses Risiko sehe ich im gegenwärtigen Entwurf.

Ich mache Sie auf vier konkrete Probleme aufmerksam:

- 1. Das Gebäudemanagement als zentrale Aufgabe der Hochschulbaugesellschaft lehne ich ab.** Unsere Kolleginnen und Kollegen der Technischen Abteilung und unser Gebäudemanagement, also unsere Techniker*innen, Betriebshandwerker*innen, Hausmeister*innen und viele mehr sind vor Ort, können kurzfristig eingreifen und Dinge schnell wieder zum Laufen bringen. Jedes einzelne Gebäude an unserer Uni ist anders, kommt aus einer anderen Zeit und hat seine speziellen Anforderungen. Unsere Leute kennen die stark sanierungsbedürftigen Gebäude wie auch die hoch spezialisierten. Wir können nicht Service-Tickets nach Mitte schreiben und drei Tage warten, wenn wir einen kurzfristigen technischen Bedarf haben oder Wasser durch die Decke tropft. Diese Idee zerschlägt funktionierende Strukturen und missachtet die Notwendigkeit des spezialisierten Know-hows der einzelnen

Hochschulen. Forschungs- und Lehrinfrastruktur ist komplex und erfordert hochschulspezifisches Management – nicht eine Einheitslösung aus der Ferne.

2. Vor Ort wissen und erfahren wir im direkten Austausch mit Kolleg*innen aus Wissenschaft, Gebäudemanagement und IT, was Bedarfe sind und was konkret gebraucht wird. **Deshalb müssen die Universitäten im Rahmen der BHGG Entscheidungsträger sein, wenn es um die Ausgestaltung und Priorisierung anstehender Bau- und Sanierungsentscheidungen geht.** Wenn Investitionsentscheidungen an den tatsächlichen Bedarfen der Wissenschaft vorbeigehen oder rein unter Einsparprämissen getätigt werden, werden Mittel ineffizient eingesetzt – zum Schaden jener Qualität in Forschung und Lehre, die den Ruf Berlins als Wissenschaftsstandort begründet.
3. Es bleibt unklar, woher ausreichend und nachhaltig Geld für die Mieten kommen soll. Gleichzeitig erleben wir in allen Bereichen massive Kürzungen und sparen durch Streichung von Stellen in Wissenschaft und Verwaltung, verlangsamen Projekte der Digitalisierung und schaffen keine neue Technik an. **Woher genau soll dann das Geld für die Miete der Gebäude kommen?** Sobald die Hochschulbaugesellschaft Gebäude übernimmt und an Hochschulen zurückvermietet, entstehen dauerhafte Kosten, die im Falle einer Sanierung noch höher werden. Die Finanzierbarkeit des angestrebten Mieter-Vermieter-Modells muss nachhaltig sein und den Hochschulen zugesagt werden.
4. Die geplante Flächenreduzierung von initial 15 Prozent und mittelfristig 30 Prozent ist mit den realen Anforderungen einer wachsenden Universität unvereinbar und zu pauschal. Gerade auf unserem Campus in Dahlem sind Gebäude nicht immer für die Forschung gebaut worden und nicht jeder Quadratzentimeter kann daher adäquat genutzt werden. Wir sind bereit, Flächen, wo es möglich ist, zu verdichten, aber eine formale Einspargröße ohne auf die strategischen Überlegungen der Hochschulen zu schauen, macht keinen Sinn. Wir brauchen die Flexibilität für innovative Planungen. Forschung, Lehre und moderne Lernformate brauchen Raum für Innovationen.

Ich bitte Sie eindringlich: Nutzen Sie den parlamentarischen Prozess, um diese Punkte zu korrigieren, schaffen Sie mehr Zeit für eine sinnvolle Ausgestaltung der BHGG, an der die Hochschulen auf Augenhöhe beteiligt werden. Berlin ist ein exzellenter Wissenschaftsstandort. Diesen Ruf zu wahren liegt im Interesse des gesamten Landes. Die Hochschulbaugesellschaft kann dazu beitragen – wenn sie richtig aufgestellt wird. Das aktuelle Hau-Ruck-Verfahren der Politik ohne eingehende Prüfung und Konsentierung mit den Hochschulen ist kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen
